

Die Beschäftigungs- und Sozialpolitik der EU

Arbeitsplätze sichern, Kompetenzen entwickeln und Arbeitskräfte schützen



Was macht die EU?

Die Volkswirtschaften in der EU erholen sich nach und nach von der Finanzkrise. Als neue Herausforderung gilt es nun, das Problem der Arbeitslosigkeit zu bewältigen und den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Welche Funktion kann Europa hier jedoch haben, wenn die EU nur begrenzt Einfluss auf die Beschäftigungs- und Sozialpolitik hat? Die Hauptverantwortung liegt bei den Regierungen der Mitgliedstaaten. Die EU koordiniert und überwacht jedoch die nationalen politischen Strategien, um ein wirtschaftlicheres Vorgehen in Bereichen wie Beschäftigung, Armut, soziale Ausgrenzung und Renten zu fördern. Auch erlässt sie Gesetze beispielsweise zu Rechten bei der Arbeit und zur Koordination von Sozialversicherungssystemen und überwacht deren Umsetzung.

Die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament hat sich schon immer als eine treibende Kraft für EU-Aktionen im Bereich Beschäftigungs- und Sozialpolitik eingesetzt. Wir arbeiten daran, die Kapazitäten der EU hinsichtlich der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen europäischer Bürger zu stärken. In der Praxis bedeutet dies, dass Aktionen Priorität erhalten, die **Jugendbeschäftigung ankurbeln** und einen **integrativen Arbeitsmarkt** sowie die **Mobilität von Arbeitskräften** fördern.

„Sozialpolitik betrifft das Leben aller Bürger. In einer Zeit, in der es in der EU immer noch unannehmbar hohe Arbeitslosenraten gibt und in der der beispiellos hohe Zustrom von Migranten und Flüchtlingen zu einer Herausforderung unserer sozialen Systeme geworden ist, schlägt die EVP-Fraktion Reformen zu Sicherung unser Gesundheits- und Sozialversicherungssysteme vor.“

David Casa MdEP (Malta)

Koordinator der EVP-Fraktion im Ausschuss für Beschäftigung und soziale
Angelegenheiten des Europäischen Parlaments



Die Bekämpfung von Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit steht ganz oben auf unserer Prioritätenliste. Durch die hohen Jugendarbeitslosenraten - aktuell 4 Millionen zwischen 15 und 24 Jahren - wird deutlich, welche Schwierigkeiten junge Menschen haben, einen Arbeitsplatz zu finden. Die EVP-Fraktion hat daher EU-weite Programme wie die **Jugendgarantie** der EU und **Erasmus+** befürwortet, durch die es jungen Menschen erleichtert wird, einen Arbeitsplatz zu finden bzw. ihre Schul- und Ausbildung fortzuführen, und durch die Unternehmensgründungen gefördert werden.

Die Anzahl der Langzeitarbeitslosen hat sich zwischen 2008 und 2014 verdoppelt und macht momentan die Hälfte aller Arbeitslosen der EU aus. Anfang 2016 waren 10,5 Millionen Menschen (4,3 % der aktiven EU-Bevölkerung) von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen, 63 % von ihnen waren bereits seit über zwei Jahren ohne Arbeit. Im Kampf gegen Langzeitarbeitslosigkeit hat die EVP-Fraktion die konkreten Initiativen der Juncker-Kommission unterstützt, also z. B. den **Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI)**, der die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Erholung der Wirtschaft und soziale Gerechtigkeit in Europa vorantreiben soll.

Von der EU-Politik muss auch die steigende Lebenserwartung berücksichtigt, Diskriminierung bekämpft und eine altersgerechte Umgebung gefördert werden. Die EVP-Fraktion fördert Aktionen, die ein aktives Altern am Arbeitsplatz ermöglichen. Wir unterstützen auch ein lebenslanges Lernen, das den Bürgern hilft, sich an eine sich kontinuierlich ändernde Welt anzupassen. Für ein funktionsfähiges, modernes und soziales Europa ist außerdem die Integration von Migranten wichtig.

Das Recht auf **Freizügigkeit der Arbeitskräfte** innerhalb der EU ist eine der Säulen des EU-Binnenmarktes. Die EVP-Fraktion ist der Auffassung, dass die Mobilität von Arbeitskräften die ökonomische Entwicklung der EU und den sozialen Zusammenhalt stärkt. Die EVP-Fraktion war 2016 die treibende Kraft hinter der Entwicklung eines Gesetzes zur Überarbeitung des EURES-Netzes, das Arbeitssuchenden dabei hilft, im Ausland eine Anstellung zu finden.



1. Jugendbeschäftigung fördern

Die Arbeitslosenraten in der EU sind unannehmbar hoch. Über 4 Millionen der fast 21 Millionen Arbeitslosen sind zwischen 15 und 24 Jahre alt. Die Schaffung von Arbeitsplätzen ist daher eine der Top-Prioritäten der EVP-Fraktion. Zu diesem Zweck unterstützen wir die **Beschäftigungsinitiative für junge Menschen** und die **Jugendgarantie**.

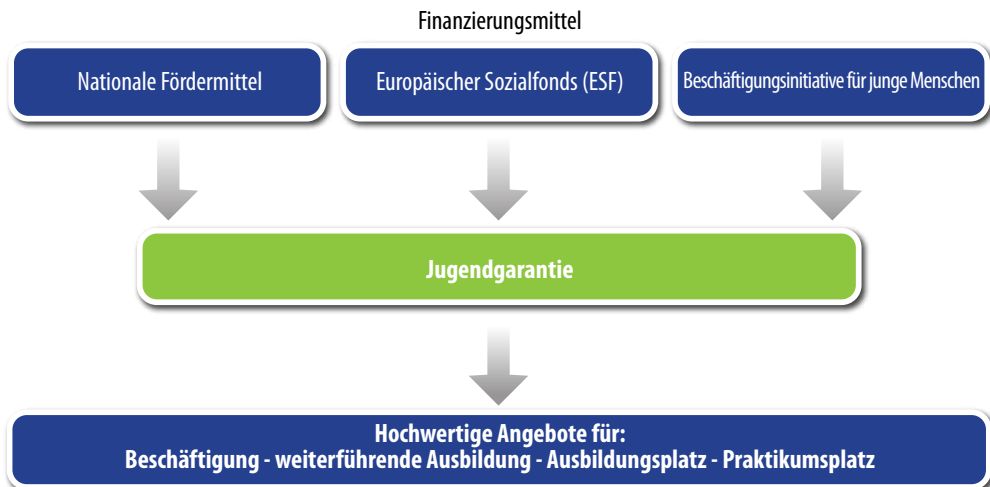
Beschäftigungsinitiative für junge Menschen und Jugendgarantie

Die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen ist eine der **grundlegenden Fördermaßnahmen der EU** zur Umsetzung der **Jugendgarantie**. Im Rahmen der Jugendgarantie müssen die Mitgliedstaaten Maßnahmen ergreifen, die sicherstellen, dass junge Menschen bis zum Alter von 25 Jahren **innerhalb von vier Monaten nach ihrem Schulabschluss oder ihrem Eintritt in die Arbeitslosigkeit** Arbeits-, Weiterbildungs-, Ausbildungs- oder Praktikumsangebote erhalten.

Seit Beginn der Umsetzung des Konzeptes im Jahr 2013 haben sich 14 Millionen junge Menschen dafür angemeldet und 9 Millionen haben ein Angebot angenommen. Es gibt nun 1,4 Millionen weniger junge Arbeitslose in der Europäischen Union und 700 000 weniger NEETs (Jugendliche, die weder die Schule besuchen noch sich in Ausbildung oder Beschäftigung befinden).

Da die Arbeitslosenraten immer noch sehr hoch sind, hat die EVP-Fraktion den Vorschlag der Kommission vom September 2016, der die Erhöhung des Budgets der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen von 6,4 Milliarden EUR auf 8,4 Milliarden EUR für die Periode 2014-2020 vorsieht, unterstützt.

Übersicht über die Finanzierung der Jugendgarantie



Quelle: ECA

„Jugendarbeitslosigkeit bedroht die Zukunft Europas. Daher unterstützen wir politische Maßnahmen, die jungen Menschen dabei helfen, die Kompetenzen zu entwickeln, die sie benötigen, um Arbeit zu finden.“

Tom Vandenkendelaere MdEP (Belgien)

Stellvertretendes Mitglied der EVP-Fraktion im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments



Die Jugendgarantie in der Praxis

118 neue Stellen für junge Menschen in Vilnius

Ein unter die Jugendgarantie fallendes Pilotprojekt in Vilnius (Litauen) hilft Arbeitssuchenden bei ihrem Eintritt ins Berufsleben und bei ihren Bewerbungen für Praktikumsstellen.

Aktion: Zum Konzept gehört eine Seminarreihe, bestehend aus drei Veranstaltungen rund um die Teilnahme am Berufsleben. Auf diese folgen eine Arbeitgebermesse und schließlich Beratungs- und Informationsgespräche. Im Anschluss an die Seminarreihe erhielt jeder der jungen Menschen einen Praktikumsplatz (von bis zu einem Monat Dauer) bei einem Arbeitgeber.

Ergebnis: 270 junge Menschen profitierten direkt von dem Projekt. Am Ende des Projektes waren 44 Prozent angestellt, wobei 80 Prozent von ihnen eine langfristige Anstellung gefunden hatten.

Quelle: Europäische Kommission

„Die EVP-Fraktion setzt sich nachdrücklich für die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen ein, da diese die treibende Kraft beim Wirtschaftswachstum und der Schaffung von Arbeitsplätzen sind und somit im Zentrum der EU-Wirtschaft stehen.“

Elisabeth Morin-Chartier MdEP (Frankreich)

Mitglied der EVP-Fraktion im Ausschuss für Beschäftigung und soziale
Angelegenheiten des Europäischen Parlaments



Die EU-Länder sind für ihre Bildungs- und Ausbildungssysteme selbst verantwortlich, die EU hilft ihnen jedoch, **gemeinsame Ziele zu setzen** und sich **überbewährte Verfahren auszutauschen**. Für die größte politische Kraft im Europäischen Parlament, die EVP-Fraktion, ist Bildung als Weg für junge Menschen, ihre beruflichen Fähigkeiten und ihre Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern, eine der obersten politischen Prioritäten.

Unter der Führung der EVP-Fraktion hat das Parlament erfolgreich ein neues Programm, **ERASMUS+**, durchgesetzt, das eine erweiterte Version des ERASMUS-Programms ist. Der EVP-Fraktion gelang es, die Finanzierung des ERASMUS+-Programms mit einer Steigerung von 40 % erheblich zu erhöhen, wodurch nun über 4 Millionen Europäer in der Periode 2014-2020 in einem anderen Land einem Studium oder einer Ausbildung nachgehen, Arbeitserfahrungen sammeln und Freiwilligendienste leisten können.

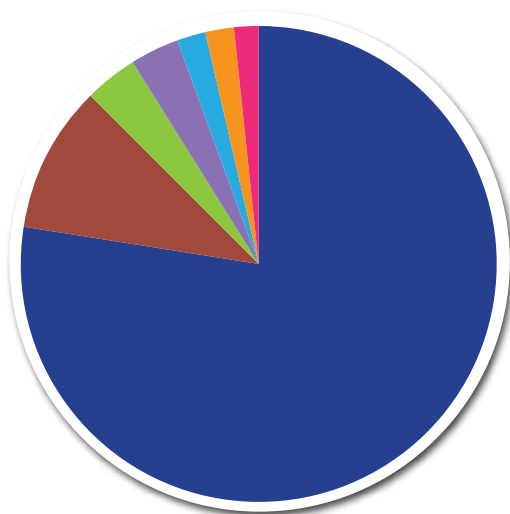
Erasmus+: Eine europäische Erfolgsgeschichte

Erasmus+ ist das Programm der EU zur Unterstützung von Bildung, Ausbildung, Jugend und Sport in Europa. Sein Budget in Höhe von 14,7 Mrd. EUR bietet über 4 Millionen Europäern die Möglichkeit, im Ausland einem Studium oder einer Ausbildung nachzugehen, Arbeitserfahrungen zu sammeln oder einen Freiwilligendienst zu leisten.

2016 wurde das Budget **um fast 300 Millionen EUR aufgestockt**, also um nahezu 13 Prozent. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf Projekten, die die soziale Integration vor allem von Flüchtlingen und Migranten unterstützen, sowie auf Projekten, die die Radikalisierung von Personen verhindern sollen.

Am Ende des akademischen Jahres 2013-14 hatte das Erasmusprogramm seit seinem Start im Jahr 1987 3,3 Millionen Erasmusstudenten und 470 000 Mitarbeiter unterstützt.

Mittelausstattung des Programms Erasmus+ Programme 2014-2020



- Bildung und Ausbildung (77,5 %)
- Jugend (10 %)
- Darlehen für Studierende (3,5 %)
- Nationale Agenturen (3,4 %)
- Verwaltungskosten (1,9 %)
- Jean Monnet (1,9 %)
- Sport (1,8 %)

Quelle: Europäische Kommission, Erasmus+ 2014-2020

„Wir müssen die Solidarität zwischen den jüngeren und den älteren Generationen gewährleisten. Daher unterstützen wir Maßnahmen zur aktiven Teilnahme jüngerer und älterer Arbeitnehmer am Arbeitsmarkt und am sozialen Leben im Allgemeinen.“

Heinz K. Becker MdEP (Österreich)

Stellvertretender Koordinator der EVP-Fraktion im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments



2. Integrativer Arbeitsmarkt

Die EVP-Fraktion setzt sich für den Aufbau einer Gesellschaft ein, die auf Solidarität basiert. Die Förderung des europäischen Sozialmodells ist von zentraler Bedeutung, wenn wir wollen, dass europäische Werte Einfluss in einer sich schnell verändernden Welt haben. Unsere Aufgabe ist es, die EU an die Bedürfnisse des 21. Jahrhunderts anzupassen, indem wir die richtigen Prioritäten setzen und die EU näher zu den Bürgern bringen. Über den **Europäischen Sozialfonds (ESF)** wird die Beschäftigungs- und Sozialpolitik finanziert. **Europa 2020** ist ein auf 10 Jahre angelegtes Programm für ein kluges, nachhaltiges und integratives Wirtschaftswachstum in der EU und gilt als Leitlinie für alle EU-Aktionen.

Damit die Ziele von **Europa 2020** erreicht werden, engagiert sich die EVP-Fraktion wie folgt:

- Sie unterstützt Aktionen zur **Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen**, u. a. auch Berufs- und Bildungsprogramme sowie Praktika, in deren Rahmen das Potenzial Einzelner identifiziert und ihre Integrationschancen verbessert werden.
- Maßnahmen, die sich dem Problem der **Langzeitarbeitslosigkeit widmen**, werden bevorzugt. Die EVP-Fraktion ist dafür, sich mit den Mitgliedstaaten über bewährte Verfahren auszutauschen, die sich bei der Integration von Langzeitarbeitslosen als geeignet erwiesen haben.
- Sie fordert, dass zusätzliche Maßnahmen, wie z. B. Online-Kurse zur Entwicklung digitaler Kompetenzen, zur **Integration der Generation 50+** in den Arbeitsmarkt, in die Geschäftswelt und in den Bildungs- oder Ausbildungssektor mit dem Ziel ergriffen werden, Langzeitarbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung zu verhindern.
- Sie unterstützt Maßnahmen, mit denen eine ausgewogene

Aufteilung der familiären Verpflichtungen sichergestellt und das geschlechtsspezifische Lohngefälle abgebaut wird. Die EVP-Fraktion unterstützt den Fahrplan der Kommission, der sich mit den Herausforderungen der Work-Life-Balance von berufstätigen Familien befasst.

- Bevorzugt werden dabei Aktionen, mit denen die Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Rasse oder ethnischer Herkunft, Religion, Behinderung, Alter oder sexueller Orientierung bekämpft werden. In den EU-Rechtsvorschriften zur Gleichbehandlung ist dabei das Mindestmaß an Schutz festgelegt, das für alle Menschen gilt, die in der Europäischen Union leben oder arbeiten. Die EVP-Fraktion ermutigt die Mitgliedstaaten jedoch, noch weiter zu gehen und noch stärkere gesetzliche Maßnahmen zu ergreifen.

Was ist der Europäische Sozialfonds (ESF)?

Der **ESF** wurde 1957 ins Leben gerufen und ist das zentrale Instrument Europas, mit dem Arbeitsplätze unterstützt werden, alle EU-Bürger Zugang zu besseren Arbeitsplätzen erhalten und mit dem für gerechtere Arbeitsmöglichkeiten gesorgt wird. Er investiert in Europas Humankapital – in seine Arbeitskräfte, junge Menschen und in alle, die eine Arbeitsstelle suchen. Die ESF-Fördermittel in Höhe von 74 Milliarden. EUR für den Zeitraum 2014-2020 verbessern die Beschäftigungsaussichten für Millionen von Europäern, allen voran für diejenigen, die nur schwer Arbeit finden.

„Die EVP-Fraktion setzt sich gegen Altersdiskriminierung ein und dafür, dass Arbeitskräfte, die älter als 60 Jahre sind, ihr Wissen und ihre Erfahrungen weitergeben können.“

Thomas Mann MdEP (Deutschland)
Mitglied der EVP-Fraktion im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments



Der Europäische Sozialfonds in der Praxis

‘Senza più Paura’ (Nie mehr Angst)

Im Rahmen des Projektes „Senza più Paura“ (Nie mehr Angst), das von den Behörden der Region Piemont entwickelt und größtenteils über den ESF finanziert wurde, konnten in den zwei Jahren von 2012 bis 2014 311 Frauen erfolgreich aus Situationen befreit werden, in denen sie Opfer von häuslicher Gewalt, Menschenhandel und Prostitution waren.

Frauen aus Italien, Europa und aus Ländern außerhalb Europas, die missbraucht worden waren (217 waren Gewaltopfer und 94 Opfer von Menschenhandel und massiver Ausbeutung) konnten dank dieses Programms ein neues Leben beginnen.

Das Hauptaugenmerk des Programms, zu dem 17 Projekte gehören und das von der Hilfe, den Kompetenzen und der Unterstützung eines Netzwerks aus 122 Vereinigungen und lokalen Institutionen profitiert, liegt auf den Aspekten persönliche Aufnahme, Unterstützung, Sicherheit, Beratung, Einstieg in den Arbeitsmarkt und Unabhängigkeit.

Quelle: Europäische Kommission

Die Strategie Europa 2020 in Kurzfassung

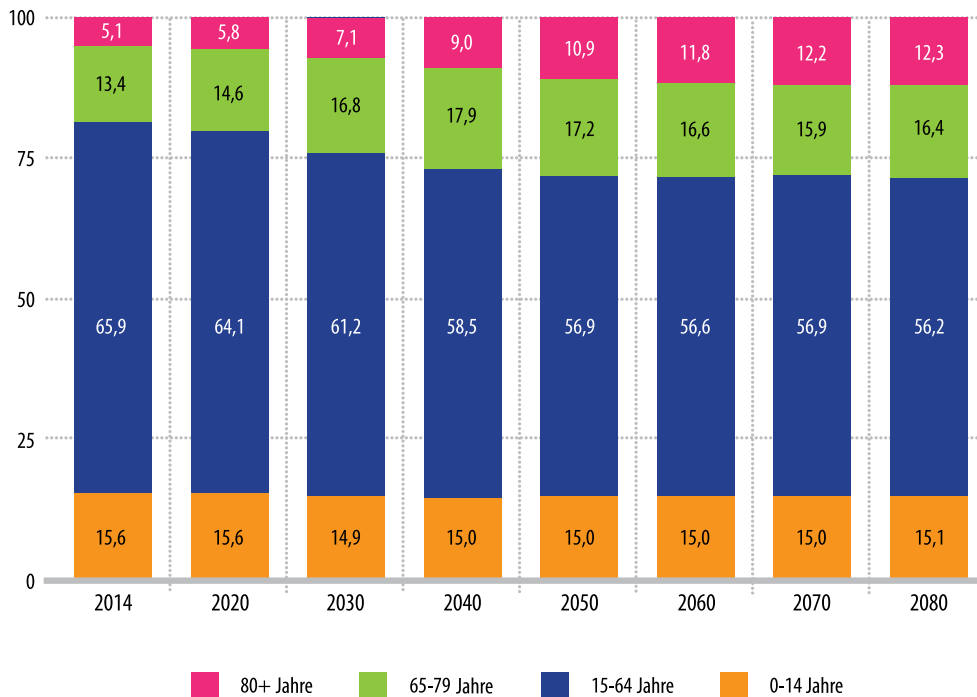
Europa 2020 ist die auf zehn Jahre angelegte Beschäftigungs- und Wachstumsstrategie der Europäischen Union. Sie wurde 2010 mit dem Ziel ins Leben gerufen, die Bedingungen für ein kluges, nachhaltiges und integratives Wachstum zu schaffen.

Es wurden fünf Kernziele festgelegt, die die EU bis Ende 2020 erreichen soll. Hierzu gehören Beschäftigung, Forschung und Entwicklung, Klimawandel/Energiewirtschaft, Bildung, soziale Integration und Armutsbekämpfung.

Während des **europäischen Semesters**, dem jährlichen Zyklus der ökonomischen und haushaltspolitischen Koordinierung der EU, werden die Fortschritte, die hinsichtlich der Ziele der Strategie Europa 2020 gemacht werden, weiter gefördert und überwacht.

Bevölkerung nach Altersgruppe, EU-28, 2014-2080

(% der Gesamtbevölkerung)



Quelle: Eurostat, Juli 2015

3. Mobilität von Arbeitskräften

Die Freizügigkeit von Arbeitskräften ist **eine der vier Grundfreiheiten**, auf die sich der EU-Binnenmarkt stützt. Sie ist einer der Grundwerte der Europäischen Union und ein grundlegendes Element der Unionsbürgerschaft und **kann verschiedene Formen annehmen**: Dauerhafter Aufenthalt in einem anderen Land, tägliches oder wöchentliches grenzüberschreitendes Pendeln oder Kurzeitaufenthalte im Rahmen der Entsendung von Arbeitnehmern.

Aktuell arbeiten und leben knapp über 7 Millionen EU-Bürger in einem Land der EU, das nicht ihr Heimatland ist. Das entspricht 3,3 Prozent der EU-Beschäftigungsquote insgesamt. Nahezu 78 Prozent der EU-Bürger, die in einem anderen EU-Land leben und im arbeitsfähigen Alter sind, waren wirtschaftlich aktiv. Ihre Beschäftigungsquote erreichte 68 Prozent, lag also 3,5 Prozentpunkte über dem Durchschnittswert derjenigen Bürger, die in dem Land lebten, dessen Staatsbürgerschaft sie hatten.

Zusätzlich leben rund 1,1 Millionen Personen in einem Land, arbeiten aber in einem anderen (Grenzgänger) und rund 1,2 Millionen werden jedes Jahr für Kurzzeitprojekte in ein anderes Land entsandt.

Die EVP-Fraktion ist zutiefst davon überzeugt, dass durch die grenzüberschreitende Mobilität von Unionsbürgern im Binnenmarkt dazu beigetragen werden kann, das aktuelle Ungleichgewicht im Beschäftigungsniveau der Mitgliedstaaten zu bewältigen. Ziel ist es, anstelle von 28 abweichenden Märkten einen dynamischen und integrierten EU-Arbeitsmarkt zu schaffen und gleichzeitig Missbrauch und Verzerrung zu verhindern.

Der **Ansatz der EVP-Fraktion zur Förderung der Arbeitsmarktmobilität** konzentriert sich auf:

Die Steigerung der Mobilität der Arbeitskräfte dadurch, dass die



Arbeitnehmerrechte besser umgesetzt werden, indem administrative Mobilitätshindernisse reduziert werden und ein angemessener Ausgleich hinsichtlich des Angebots und der Nachfrage von Arbeitskräften sichergestellt wird.

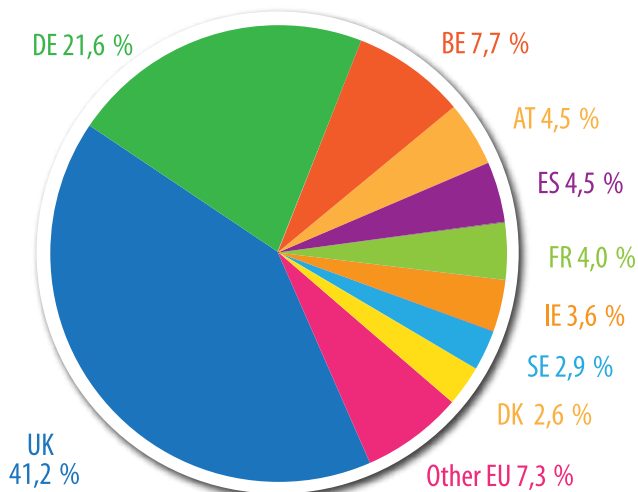
Die Übertragbarkeit von Rentenansprüchen und grenzübergreifende Gesundheitsdienstleistungen: Die EVP-Fraktion begrüßt die neue Option, dass Rentenempfänger sich zur Rente im Ausland niederlassen können, ohne dabei ihre Rentenansprüche zu verlieren. Es muss jedoch noch mehr getan werden, denn Unionsbürger sollten sich keine Sorgen darüber machen müssen, dass ihre Rente an Wert verliert, wenn sie aus beruflichen Gründen innerhalb der EU umziehen.

Die Förderung der Mobilität junger Menschen: Die Mobilität von Bürgern im Rahmen ihrer Bildung und Ausbildung ist sowohl aus kulturellen als auch aus wirtschaftlichen Gründen sehr wichtig. Sie trägt zur Förderung des Konzepts der Unionsbürgerschaft bei und kurbelt die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union an.

EURES: Wie die EU die Mobilität von Arbeitskräften erleichtert

Die EU unterstützt die Mobilität von Arbeitskräften vor allen Dingen dadurch, dass sie junge Menschen auf Arbeitsmöglichkeiten in anderen Ländern aufmerksam macht. **EURES** bietet in den Bereichen Information, Beratung und Einstellung/Vermittlung (Job-Matching) Dienstleistungen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber sowie für alle Bürger an, die die Vorteile der Freizügigkeit nutzen wollen. EURES ist ein Kooperationsnetzwerk der Europäischen Union, den öffentlichen Arbeitsvermittlungsstellen der 28 Mitgliedstaaten und ihren Partnern. Es besteht aus rund 1 000 EURES-Beratern, die an transnationalen und grenzüberschreitenden Mobilitätsthemen arbeiten. Das berufliche soziale Netzwerk wird durch das EURES-Portal zur beruflichen Mobilität ergänzt, auf dem auf rund 1,4 Millionen Stellenangebote und über eine Million Lebensläufe aus ganz Europa zugegriffen werden kann. Durchschnittlich wird das EURES-Portal jeden Monat von über einer Millionen Besucher aufgerufen.

Angestellte Personen, die sich innerhalb der letzten zwei Jahre in einem Mitgliedstaat der EU niedergelassen haben, Stand 2014



Quelle: Eurostat



„Wir brauchen einen gerechten Binnenmarkt und nicht nur freie Mobilität. Die Menschen müssen in einem Mitgliedstaat, in dem sie Gast sind, unter denselben Bedingungen arbeiten können wie die Einheimischen.“

Jeroen Lenaers MdEP (Niederlande)

Mitglied der EVP-Fraktion im Ausschuss für Beschäftigung und soziale
Angelegenheiten des Europäischen Parlaments



Herausgeber: EVP-Fraktion im Europäischen Parlament
Presse und Kommunikation
Publikationsteam

Herausgeber: Pedro López de Pablo

Autoren: David Stellini und Mark Dunne

Verantwortlich: Greet Gysen

Koordination: Marilena Deriu (Revision: Daniela Bührig)

Adresse: Europäisches Parlament
60 Rue Wiertz
B-1047 – Brüssel

Erschienen: März 2017

Internet: www.eppgroup.eu

E-mail: epp-publications@ep.europa.eu

Copyright: EVP-Fraktion im Europäischen Parlament

